

## Kleine Anfrage 2460

des Abgeordneten Christoph Schulze  
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **400 Mio. Euro Mehrkosten für BER infolge der erneuten Verschiebung der Eröffnung?**

In den PNN vom 18.01.2017 heißt es unter der Überschrift „Neue Probleme – BER kann 2017 nicht mehr starten kaputte Türen, gestörte Sprinkleranlage: [...] Eine Verschiebung der Eröffnung um ein Jahr würde nach internen Berechnungen der Flughafengesellschaft (FBB) rund 405 Millionen Euro kosten, die in der letzten Kalkulation von 2,2 Milliarden Euro nicht einkalkuliert sind.“ Und im Tagesspiegel vom 23.01.2017 heißt es unter der Überschrift „BERliner Sorgenkind“ [...] Die Flughafengesellschaft kalkuliert zwar eine einjährige Verzögerung mit rund 400 Millionen Euro. Trotz des Rückschlages sei "der finanzielle Rahmen ausreichend", sagte Woidke. Bretschneider betonte: "Wir sind der Auffassung, dass die Mehrkosten im Puffer drin sind." Bislang war davon die Rede, dass nur eine sechsmonatige Verzögerung als Risikopuffer eingerechnet war.“

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung

1. Ist es zutreffend, dass die erneute Verschiebung der Eröffnung des Flughafen BER zu erneuten Mehrkosten für dieses Vorhaben führen wird?
2. Wie hoch werden nach Einschätzung der Landesregierung diese Mehrkosten aufgrund der erneuten Verschiebung der Eröffnung ausfallen?
3. Auf welche Weise sollen diese Mehrkosten gegenfinanziert werden? Was beabsichtigt die Landesregierung dafür zu streichen oder zurück zu stellen?
4. Wie hoch ist der von Herrn Bretschneider in der Presse angesprochene finanzielle „Puffer“ genau und wann wird er nach Erkenntnissen der Landesregierung aufgebraucht sein?
5. Wie kann es sein, dass die Landesregierung der FBB GmbH mit den Finanzzuschüssen der vergangenen Jahre freie „Finanzpuffer“ von rund 400 Mio. € im Sinne eines frei verfügbaren „Reptilienfonds“ zuschanzt – ganz offensichtlich über den tatsächlichen Bedarf hinaus?
6. Wie ist das (Punkt 5.) mit der LHO vereinbar?
7. Oder wusste die Landesregierung schon vor Monaten oder Jahren, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit erneut Mehrkosten entstehen würden, die aber weder dem Landtag noch der Öffentlichkeit mitgeteilt wurden?